

ALOIS KAINZ
NATIONALRATSABGEORDNETER

EINLADUNG ZUM

STAMMTISCH

ZUM THEMA: FRAGEN UND ANTWORTEN ZUR GEMEINDEPOLITIK
EIN DISKUSSIONSABEND MIT NATIONALRAT ALOIS KAINZ

FREITAG

17
JÄNNER

GASTHAUS KRATOCHVIL
HAUPTSTRASSE 6, 3804 ALLENTSTEIG

BEGINN: 20.00 UHR

EIN GRATISGETRÄNK!

ALLE GEMEINDEBÜRGER SIND
HERZLICH WILLKOMMEN.

WIR FREUEN UNS AUF EUER KOMMEN!

POSTWURFSENDUNG
im Sinne des Parteiengesetzes
Gemeinderatswahl 24A044624E



Unsere *Heimat* Gemeinde

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Allentsteig

Österreichische Post AG | RM Wahlen 24A044624E
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten | 543502/2024



Runder Tisch der Spitzenkandidaten – wo kein Wille da auch kein Weg

Am 16. November 2024 habe ich die Spitzenkandidaten aller Fraktionen, ÖVP Georg Marksteiner, SPÖ Klaus Weiss und Liste WIR Mag. Ing. Walter Eberl für Freitag den 17. Jänner 2025 ins Gasthaus Kratochvil zu einem Runden Tisch eingeladen.

Thema:

Bevorstehende Gemeinderatswahl.

Moderation:

Rechtsanwalt aus dem Bezirk Waid-

hofen/Thaya. Die Liste WIR, Mag. Ing. Walter Eberl hat umgehend seine Teilnahme bekanntgegeben.

Von der SPÖ Klaus Weiss, kam aus terminlichen Gründen eine Absage. Von der ÖVP, als Bürgermeisterpartei mit Georg Marksteiner, kam ebenfalls eine Absage.

Nach Rücksprache mit dem Moderator, macht es keinen Sinn einen „Runden Tisch zu organisieren, an

dem die Regierungspartei nicht teilnimmt“. Aus meiner Sicht wäre es wichtig gewesen, der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben sich aus erster Hand durch die Spitzenkandidaten zu informieren.

Ich werde den Termin für 17. Jänner 2025 20:00 Uhr im Gasthaus Kratochvil aufrecht halten und mich im Zuge eines FPÖ-Stammtisches den Fragen aller Gäste Rede und Antwort stellen.

Odyssee Generalspark

Geschätzte Gemeindegänger, da ich vermehrt in der Gemeinde angesprochen werde, wie „das mit dem Generalspark“ eigentlich abgelaufen ist, möchte ich hier nochmals alles chronologisch zusammenfassen.

1. Auf der Suche nach geeigneten Bauplätzen für die Stadtgemeinde ist der Bürgermeister mit dem Bundesheer in Kontakt getreten und hat dann dem Gemeinderat im April 2021 darüber Bericht erstattet. Aus drei in Betracht kommenden Standorten wurde der Generalspark auserwählt. Dieser war, durch die bereits bestehende Widmung von 3,2 ha Bauland, besonders geeignet, um weiteres Bauland zu lukrieren. Das war zu diesem Zeitpunkt das Top Argument um sich für diesen Grundstücksankauf auszusprechen.

2. Als das in der Bevölkerung publik wurde, hat sich umgehend Widerstand formiert. Es wurde eine Bürgerinitiative gegründet, die für den Erhalt des Generalspark als Naturjuwel eingetreten ist. Innerhalb kürzester Zeit wurde die beachtliche Summe von über 500 Unterschriften gesammelt und am Stadamt als Initiativantrag eingebracht.

3. Ab diesem Zeitpunkt ist die ÖVP unter enormen öffentlichen Druck gestanden, da gefordert wurde, dieses Naturjuwel in seiner derzeitigen Art und Weise zu erhalten. Die ÖVP-Argumente waren nach wie vor, dass man das Grundstück



aber als notwendige Baulandreserve benötigt. Anm.: Laut Gutachten von einem Raumplaner ist dieser Bedarf aber nicht gegeben. Zur gleichen Zeit, habe ich die Erhebung von freiem, bereits gewidmetem Bauland gefordert. Und ja, es gibt noch Bauplätze in der Gemeinde, wenn auch zum überwiegenden Teil in privater Hand.

4. Dann kam die 180 Grad Kehrtwende der ÖVP: Plötzlich spielte das Thema Baulandreserve keine Rolle mehr – dies ist der zuvor genannten Bauplätzeerhebung und

dem öffentlichen Druck durch die Bürgerinitiative geschuldet.

5. Hier wurde aus betriebswirtschaftlicher Sicht – nur mit den Stimmen der ÖVP – eine gewaltige Geldvernichtungsaktion ins Laufen gebracht. 525.000 Euro (inkl. Verbücherung) wurden ausgegeben, um eine Baulandreserve zu kaufen, die man gar nicht braucht.

6. Aber es geht noch schlimmer: Die gesamte Grundstücksgröße von 8,4 ha, (wovon bereits 3,2 ha als Bauland gewidmet waren)

müssen nach dem überkauften Grundstück durch die Stadtgemeinde wieder als Grünland rückgewidmet werden – die ist vertraglich festgelegt! Zum besseren Verständnis: Man hat hier 3,2 ha Bauland angekauft und muss dieses jetzt rückwidmen, somit hat man den Baulandbestand hier sogar noch reduziert. Man könnte meinen, es handle sich hier um einen Irrtum der ÖVP, aber nein, wir Freiheitlichen haben bei den zahlreichen Diskussionen im Gemeinderat immer explizit darauf hingewiesen, von diesem Geldvernichtungsprojekt Abstand zu nehmen und vernünftiger zu investieren – jedoch ohne Einsicht der ÖVP.

Mein Vorschlag war, mit dem Bundesheer erneut in Kontakt zu treten um den Generalspark zu pachten, wie es bei viele anderen Grundstücken des Bundesheeres

auch der Fall ist, die von Landwirten genutzt werden. Hier hätte sich die Stadtgemeinde über eine halbe Million Euro ersparen können, und der Generalspark wäre, wie auch die letzten 60 Jahre als unberührtes Naturjuwel erhalten geblieben.

7. Nun kamen, hilferingend seitens der ÖVP, die verzweifelten Argumente auf „Ja, wenn wir jetzt nicht kaufen dann kauft jemand anderer dieses Grundstück“ oder „Mit einem Ankauf wäre endlich die Rechtssicherheit gegeben, dass die Bevölkerung dieses Areal auch betreten darf“ (Zitat Bürgermeister Koppensteiner, „Bezirksblätter“ vom 14. Juni 2023).

Anm.: Der Generalspark war immer frei zugänglich und von der militärischen Sperrgebietsverordnung ausgenommen.

Detail am Rande: Das Bundesheer hat nur auf Betreiben der ÖVP dieses Grundstück zum Verkauf ausgeschrieben und die Stadtgemeinde war übrigens der einzige Angebotsleger für dieses anscheinend so begehrte Grundstück.

Von einem sparsamen, wirtschaftlichen und zweckmäßigen Umgang mit öffentlichen Geldern kann hier keinesfalls gesprochen werden: denn diese Summe von 525.000 Euro fehlt uns jetzt bei der Finanzierung anderer großen Bauvorhaben. Jetzt ist die Stadtgemeinde gezwungen, ein um mindestens 525.000 Euro höheres Darlehen aufzunehmen. Die FPÖ war von der ersten Stunde an für den Erhalt dieses „Naturjuwel Generalspark“. Aus unserer Sicht hätte es nur einen Pachtvertrag mit dem Bundesheer gebraucht um diesen garantiert für uns zu erhalten.



Hochwasserkatastrophe 14. September

Hochwasserkatastrophe am 14. September 2024 in der Stadtgemeinde Allentsteig!

Zuallererst möchte ich mich bei allen Einsatzkräften, den Freiwilligen Feuerwehren, dem Bundesheer, den Rettungsdiensten, der Polizei und bei der hilfsbereiten Zivilbevölkerung herzlich für die unbeschreibliche, selbstlose und unermüdliche Hilfe bedanken. Ein weiterer Dank geht an das Land Niederösterreich und der, bei der Stadtgemeinde Allentsteig eingerichteten, Schadenskommission für die rasche und unkomplizierte Schadensabwicklung.

Trotz der großartigen Hilfe und Einsatzbereitschaft bleiben einige Wermutstropfen: Zum einen, dass es bisher noch kein Schreiben der Stadtgemeinde, allen voran von Bürgermeister Koppensteiner und Vizebürgermeister Klang, zuständige für Zivil und Katastrophenschutz gab, um der gesamten Bevölkerung und im Speziellen den Geschädigten Mut, Zuversicht und Hoffnung auszusprechen. Wenn man schon nicht auf diese Art und Weise an die Bevölkerung herantreten möchte, dann wenigstens mit einem Mindestmaß an Informationen darüber, wie die weiteren beabsichtigten Maßnahmen, die in diesem Zusammenhang geplant sind, aussehen.

Zum anderen, dass wir von der FPÖ schon über Jahre hinweg ein Budget fordern, doch ein Konzept zu erstellen um unseren Stadtsee „Hochwasserfit“ zu machen. Aber plötzlich, 10 Tage nach dem katastrophalen Hochwasserereignis im September, gibt es endlich ein Umdenken in der ÖVP.

In der Gemeinderatssitzung vom 24. September 2024, fordert nun die ÖVP eine „Planerleistung Hochwasserschutz Stadtteich“, diese wurde auch einstimmig beschlossen.

LEIDER VIEL ZU SPÄT!

Meine Anträge zu diesem Thema von 2018, 2019 und 2020 wurden aus parteipolitischem Kalkül immer wieder von der ÖVP abgelehnt oder ignoriert. Es braucht dringend ein Gesamtkonzept um zukünftig solche katastrophalen Zustände wie im September zu verhindern. Aus meiner Sicht muss aber auch der Truppenübungsplatz in ein solches Gesamtkonzept eingebunden werden, denn immerhin entwässert sich ein Drittel von diesem über den Stadtsee, dem Wurmbach und damit letztendlich alles in den Thauabach. Wassermassen, wie jene im September, waren natürlich beispiellos, dass sei außer Zweifel gestellt. Trotz allem darf man nichts unversucht lassen um

in Zukunft diese bestmöglich zu steuern – wo es nötig ist zu regulieren, zurückzuhalten und wo es geht Raum zu geben. Ich habe diesbezüglich an die Bundesministerin für Landesverteidigung Tanner, an den Bundesminister für Inneres Karner – zuständig für Katastrophenschutz – und an den Landwirtschaftsminister Totschnig, über die weiteren geplanten und beabsichtigten Maßnahmen einige Anfragen eingebracht. Die zuständigen Bundesminister haben nun acht Wochen Zeit um meine Vielzahl an einzelnen Fragen zu beantworten. Ich verspreche, dass ich alles versuchen und hartnäckig daran arbeiten werde, um den bestmöglichen Schutz für unsere Bevölkerung und unsere Gemeinde zu erreichen.





So kann man, soll man aber nicht arbeiten

Wird jetzt auf der Jugendwiese mit Verboten gearbeitet, um eine bessere Auslastung des Campingplatzes zu erzwingen? Liest man die Ankündigung auf der Informationstafel der Stadtgemeinde macht es jedenfalls den Anschein. Das ist natürlich auch eine Option den um 300.000 Euro sündteuren errichteten Campingplatz ins bessere Licht zu rücken. Gibt es doch nicht einmal ein adäquates Einfahrtstor. Nach der Ausschreibung, hat bereits bei der Angebotslegung eine Firma darauf hingewiesen, doch ein notwendiges Fundament beim Einfahrtstor zu berücksichtigen. Das wurde aber nicht gemacht! Mit dieser Vorgangsweise kann man die Kosten nicht niedrig halten.



Stadtnachrichten als Werbezeitung für die ÖVP? Ein Schelm, der Böses dabei denkt!

Es ist nicht das erste Mal, dass wir Freiheitlichen einen Artikel für die Allentsteiger Stadtnachrichten einreichen und dieser dann nicht gebracht wird – meist mit den Worten: „zu parteiisch“.

Dies muss man leider akzeptieren. Es ist gerade für eine Gemeindezeitung, wie die Allentsteiger Stadtnachrichten es sind, eine schwierige Gradwanderung! Denn will man sich streng objektiv bzw. neutral geben, dann ist jegliche Parteipolitik aus dem Gemeindeblatt rauszuhalten.

Man kann somit natürlich gewisse Themen gar nicht ansprechen, weil man hierfür oftmals parteipolitische Aspekte thematisieren müsste. Auch wird es in so einem Fall schwierig bis unmöglich, als Opposition in einem solchen Medium zu Wort zu kommen, da man als Opposition – wie es der Begriff schon nahelegt – in einem gewissen widerstreit mit dem Bürgermeister liegt.

Wird dann aber, wie in den letzten Stadtnachrichten (Ausgabe 3/2024) passiert, ein Jubel-Rückblick auf die Jahre 2015 bis 2024 gebracht, wirft das für uns als Freiheitliche Opposition Fragen auf. Auf 28 reich bebilderten Seiten – mit fast keinem Text – wer-

den zahlreiche Lieblingsprojekte der scheidenden ÖVP gezeigt. Diese Rückschau wirkt sehr willkürlich und komplett ohne Kontext – sollte ein solcher Rückblick nicht vielmehr in einer Chronik ihren Niederschlag finden? Gerade vor den anstehenden Gemeinderatswahlen, wirkt es doch so, dass man hier die Arbeit der ÖVP in ein gutes Licht rücken möchte. Nur ein Schelm würde hier denken, dass die zur Objektivität verpflichteten Stadtnachrichten dazu benutzt wurden um Kosten, Mühen, Arbeit und Zeit für eine ÖVP Zeitung zu sparen. Denn am Ende wirkt die Ausgabe 3/2024 genauso, wie eine kostenlose Werbebroschüre für die ÖVP!

Dabei darf man nicht übersehen, dass die Allentsteiger Stadtnachrichten nicht zum erste Mal als ÖVP-Werbeproschüre genutzt wurden und hier – finanziert durch alle Bewohner der Stadtgemeinde – schon öfters gegen die Opposition Stimmung gemacht wurde. Dies passiert, obwohl immer als parteipolitische Neutralität hochgepriesen wird.

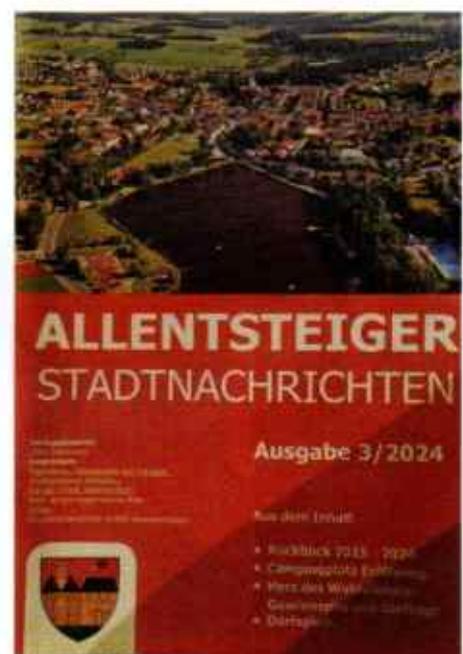
Selbst im Vorwort der Ausgabe 2/2024, hält sich der ÖVP-Bürgermeister nicht ganz an das Gebot der Objektivität: Im vorletzten Absatz findet sich ein Wahlaufuf für

die vergangene Nationalratswahl vom 29. September 2024. Anstatt, dass man es bei einem schlichten Wahlaufuf belässt, gibt es noch einen Seitenhieb:

„Aktuell gibt es Tendenzen, nicht nur in Österreich, die mir persönlich doch Sorge bereiten. Und ich bin mir sicher, damit bin ich nicht alleine.“

Bei einem wertfreien Wahlaufuf braucht es keine Bewertung von „Tendenzen“ irgendeiner Art.

Wenn man von Seiten der FPÖ gewisse Sachverhalte klarstellen will, oder eine andere Sichtweise, wie jene der ÖVP aufzeigen will, wird dies aber als parteipolitisch abgetan.





Tohuwabohu rund um die Anzeigetafel für TÜPL-Sperre

Und da gibt es einen weiteren Justament-Standpunkt der ÖVP Allentsteig: die Standortfrage und die Ausführung der TÜPL-Anzeigetafel auf dem ehemaligen Areal Walter Martha. Denn hier stellt sich jedem, der daran vorbeifährt, die Frage, ob das wirklich der Weisheit letzter Schluss ist.

Aber wo liegt das Problem? Wenn dort ein PKW-Kastenwagen – der dort rechtmäßig parken darf – steht, verstellt dieser die Sicht auf die TÜPL-Sperrtafel. Dies führte bereits zu zahlreichen Beschwerden, beim Bundesheer, bei der Polizei und der Stadtgemeinde. Aber es hilft nichts: Laut Straßenverkehrsordnung dürfen Autos und auch Kastenwagen dort parken. Man könnte meinen, hinterher ist man oft klüger, aber Tatsache ist, dass wir von der FPÖ bereits im Vorfeld zahlreiche Einwände gegen den Aufstellungs-ort erhoben haben.

Wir haben vorgeschlagen, vorab zu klären, wie dieser freie Platz in Zukunft genutzt oder gestaltet

werden sollte – leider wurden unsere Vorschläge von der ÖVP geschlossen abgelehnt.

Es entsteht mittlerweile der Eindruck, dass, sobald wir Freiheitlichen konstruktive Argumente zu einer Diskussion einbringen, die ÖVP automatisch in eine Schutz- und Abwehrhaltung geht und sich völlig verschließt. Schließlich hat die fehlplatzierte TÜPL-Sperrtafel über 20.000 Euro gekostet – jeweils 9.181 Euro wurden vom Bund und Land NÖ beigesteuert, und 3.000 Euro entfielen auf die Gemeinde (für Grabungskosten und den Kabelschacht). Auch wenn der finanzielle Schaden, der durch diese ÖVP-Aktion entstanden ist, überschaubar ist, muss man festhalten, dass ein verantwortungsvoller Umgang mit öffentlichen Geldern anders aussieht. Es wird nun gern so getan, als wären die Autofahrer schuld an diesem Tohuwabohu. Aber hier gilt es festzuhalten: Nein, nicht die rechtmäßig parkenden Fahrzeuge sind schuld an dieser Misere, sondern einzig und allein die uneinsichtige ÖVP Allentsteig.